

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Noch keine Verständigung mit Polen.

Jeder wartet auf den ersten Schritt des andern.

V. Sch. Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl heute schon der dritte Tag ist, an dem der deutsche und der polnische Außenminister in der gleichen Stadt verweilen, ist es zwischen ihnen noch immer nicht zu einer Aussprache über den deutsch-polnischen Konflikt gekommen.

Der Schulstreit einer Kommission überwiesen.

V. Sch. Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Vormittagsitzung des Völkerbundes war nur kurz, und wurde von Stresemann, der sich in seine Vorlesungsrolle sehr gut eingepaßt hat, in flüchtigem Tempo geleitet.

v. Schubert macht in deutschnationaler Politik.

Paris, 8. März. (Ill.) Der „Excelsior“ veröffentlicht eine Unterredung seines Genfer Berichterstatters mit Staatssekretär v. Schubert.

Die Agrarier fordern.

Der Reichslandbund bei der Regierung des Besitzblocks.

Amstich wird mitgeteilt: In der Reichskanzlei fand gestern eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Präsidium des Reichslandbundes, in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers, des Reichsernährungsministers, des Reichsjustizministers, sowie Vertreter des Auswärtigen Amtes und Reichsfinanzministeriums über handelspolitische, Steuer- und Kreditfragen statt.

Beim Wiederzusammentritt des Reichstages will der Bürgerblock die Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag abwürgen. Dafür meldet der Reichslandbund die Forderungen der Großagrarier an. Man kennt sie: höhere Zölle, höhere Preise, weniger Steuern, mehr Kredit.

Die Krise in Mecklenburg.

Volkspartei für Bürgerblock. — Demokraten lehnen ab.

Die Volkspartei in Mecklenburg hat sich in den letzten Tagen mit der dort bestehenden Regierungskrise befaßt und folgende Entschliebung angenommen:

Die Prüfung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage läßt die Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung auf möglich breiter Grundlage geboten erscheinen. Nach parlamentarischem Brauch ist es Pflicht der Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei, als

verschiedenheiten über die Auslegung des Locarno-Vertrages erkennen. Die letzte Rede des Grafen Westarp bezeichnete der Staatssekretär, um seine Meinung befragt, als ausgezeichnet. Es gebe sehr viele Zugeständnisse, denen die deutsche Öffentlichkeit zugestimmt habe, aber sie höre sich nicht gerne daran erinnern.

Italien für das rumänische Bessarabien.

Ratifikation unter englischem Druck.

Genf, 8. März. (Ill.) Der italienische Delegierte im Völkerbundesrat, Senator Scialoja, übermittelt jedoch der Presse folgende Mitteilung: Der italienische Ministerrat hat beschlossen, die internationale Konvention über die Zugehörigkeit von Bessarabien zu Rumänien vom Jahre 1920 zu ratifizieren.

Italien hatte noch vor wenigen Monaten Rumänien die Ratifikation des Vertrages verweigert, weil es mit der Sowjetunion gut stehen wollte. Daß die Ratifikation jetzt beschlossen wurde, beweist, daß England dahinter steckt.

Der Ueberfall in Rastatten.

43 Nationalsozialisten in Untersuchungshaft, 25 in Polizeigewahrsam.

Koblenz, 8. März. (WIB.) Von den wegen des Ueberfalls in Rastatten verhafteten 69 Nationalsozialisten wurden 43 in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, die übrigen 26 mit Ausnahme eines Kraftwagenführers, der freigelassen wurde, verblieben im Polizeigewahrsam.

Deutsch-französische Handelskonferenz.

Die Führer der deutsch-französischen Handelskonferenz haben sich auf eine neue Basis geeinigt. Dr. Pohe begibt sich mit dem Protokoll nach Berlin. Das Reichskabinett wird morgen zu den Vereinbarungen Stellung nehmen.

Der Kampf um das Notgesetz.

Das böse Gewissen der Christlichen.

Die christlichen Gewerkschaften sind aus der Front der Gewerkschaften ausgebrochen und haben sich in der Frage der Arbeitszeit eingereiht in die Front des Bürgerblocks.

Zunächst wird erzählt, daß die Sozialdemokraten ihre Existenz nur der Großmut der christlichen Gewerkschaften verdanken. „Als das sozialdemokratische Parteigebäude nach dem Umsturz selbst ins Wanken und Stürzen kam, hat es die christliche Arbeitnehmerschaft abgelehnt, diese Situation agitatorisch auszunutzen und über die Sozialdemokratie herzufallen.“

Weiter erklärt Herr Stegerwald, daß es die christlich-nationale Arbeiterbewegung gewesen sei, die sich der wiedererwarteten sozialpolitischen Reaktion entgegenstellte, während die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie feige die Flinte ins Korn warfen.

Ueber die Gründe des Abzweckens in das Lager des Bürgerblocks erfährt man allerdings nichts. Geheimnisvoll wird nur gesagt, daß die christlichen Gewerkschaftsvertreter sich in die Front des Bürgerblocks eingereiht haben, um die Interessen der Arbeiterschaft „taktisch am geschicktesten wahrzunehmen“.

Wie diese positive Mitarbeit nach Herrn Stegerwald aussieht, darüber bekommt man einen Einblick, wenn man die Rede nachliest, die er am Sonntag in Fulda gehalten hat. Nach dem Bericht der „Germania“ sagte Herr Stegerwald u. a.:

Bei der gekennzeichneten, sehr unterschiedlichen Arbeitszeit kann man nicht mit einem Schlage plötzlich den Achtstundentag gesetzlich für die ganze deutsche Wirtschaft vorschreiben! Das ist dieselbe Prozedur gegenüber der deutschen Wirtschaft, als wenn man den Gesanten auf den Porzellanladen losläßt.

Für eine derartige „positive Mitarbeit“ haben die Gewerkschaften sowohl wie die Sozialdemokraten allerdings keine Lust, die politische Traglast zu übernehmen.

Trotz der Zweieinhalb Millionen Arbeiter, die in Deutschland vergebens nach Arbeit ausschauen und von der Gesamtheit mit Hungergrößen mühsam über Wasser gehalten werden müssen, erklärt Herr Stegerwald, daß es nicht angängig sei, nun auf einmal zum Achtstundentag zurückzutreten.

Ein anderer christlicher Gewerkschaftsvertreter, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Otto Thiel, veröffentlicht in der „Täglichen Rundschau“ einen Leitartikel, der bezeichnenderweise mit folgendem Satz beginnt:

„Der Kampf um die zukünftige Gestalt der Vorkasse über die Arbeitszeit hat sich nachgerade zu einer Landplage ausgewachsen.“

Vorausgesetzt natürlich, daß die Arbeiter sich das gefallen lassen. Das steht allerdings auf einem anderen Blatt, und sicherlich nicht im Programm des Bürgerblocks.

selben Tag, an dem der „Deutsche“ seinen Schimpfartikel gegen den „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie veröffentlichte, schreibt die „Kreuz-Zeitung“ in einem Leitartikel, der die bezeichnende Ueberschrift „Schematischer Achtstundentag“ trägt:

„Die Beschuldigung, daß der deutsche Unternehmer durch unnötige Mehrarbeit Raubbau am Körper der deutschen Arbeiterschaft treibe, ist durch die amtliche Erhebung über die Arbeitszeit entkräftet.“

Es ist also alles in bester Ordnung! Die amtliche Erhebung hat ergeben, daß mehr als die Hälfte der Arbeiter über acht Stunden beschäftigt werden, daß die Zunahme der Ueberarbeit eine ständige ist, genau so wie die Arbeitslosigkeit, von den saisonmäßigen Schwankungen abgesehen, sich im Aufstieg befindet. Das ist alles kein Raubbau am Körper der Arbeiterschaft.

Die „Kreuz-Zeitung“ weint dann blutige Tränen über die böse Absicht der Reichsregierung, die dem Arbeiter „seinen Anteil an den Erfolgen der Rationalisierung“ vorzuenthalten, indem sie so „verbrecherisch“ sei, diesen Anteil durch eine „zeitliche Drosselung des Arbeiters“ junichte zu machen. Schließlich beruft sich die „Kreuz-Zeitung“, um die nur noch komisch wirkende Heuchelei auf die Spitze zu treiben, auf — die Weimarer Verfassung, die angeblich den Achtstundentag nicht zulasse. Man höre:

„Die Weimarer Verfassung verbietet jedem Deutschen das Recht auf Arbeit. Das heißt doch wohl auch, daß jeder Deutsche so viel arbeiten darf, als er vor sich und seinen Angehörigen verantworten kann. Und das heißt zweifellos, daß der Staat dem einzelnen in die Ausnutzung seiner Arbeitsfähigkeit nicht hineintreten will. Das, was jetzt von der Regierung beabsichtigt wird, sollte gerade in Zeiten der angeblich verfassungsmäßig besonders geschützten persönlichen Freiheit unmöglich sein.“

Also das Recht auf Arbeit, das die Weimarer Verfassung jedem Deutschen garantiert, bedeutet nach den Koalitionsgegnern Herrn Stegerwald, das „Recht“ der zweieinhalb Millionen Arbeitslosen im mühsigen Elend zu vegetieren, während die noch Arbeitenden zehn und zwölf Stunden bis zur Bewußtlosigkeit am fliehenden Band schuften müssen. Hier kann man den Vertretern der christlichen Gewerkschaften nur zurufen: „Sage mir, mit wem Du umgehst und ich sage Dir, wer Du bist.“

Begenernd diesen gar nicht mehr verschleierte Absichten des Bürgerblocks mit Hilfe der christlichen Gewerkschaften, den Achtstundentag einzuführen, unter der Maske, die unerträgliche Ueberstundenwirtschaft zu beseitigen, muß die Arbeiterschaft aller Richtungen sich mit aller Kraft und aller Entschlossenheit zur Wehr setzen.

Her mit dem Achtstundentag! Die unterbezahlten Textilarbeiterinnen, denen der Reichsarbeitsminister den Reun-stundentag aufgezwungen hat, die Bergarbeiter in Mitteldeutschland und in Oberschlesien, die immer noch im Zweischichtensystem über Tage schuften müssen, die Eisenbahner, bei denen die Sechsstundenschicht in der Dienstordnung vorgeschrieben ist, die Arbeiter der Werften und der Schwerindustrie, denen man durch Zwangsschiedsprüche den Reun-stundentag vorgezwungen hat, sie alle und mit ihnen das Riesenhäer der Arbeitslosen fordern, daß der Achtstundentag als die normale Arbeitszeit wieder Gesetz wird. Es wird sich zeigen, wer sich dieser Forderung zu widerlegen wagt. Bei Philippi sehen wir uns wieder.

**Deutschlandliches Attentat.** In der Nacht zum Montag wurde, wie M.T.B. meldet, in Eichenau bei Raitenwiz gegen die Behausung des wegen seiner deutschen Gesinnung bekannten Arbeiters Randschmidt ein Anschlag verübt. Die beiden Täter hatten Sprengstoff in starker Umhüllung von „Potonia“-Exemplaren zur Explosion gebracht. Das Haus wurde erheblich beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

## Wieder ein Landesverratsprozeß. Praxis des Reichsanwalts.

Ein eigenartiger Landesverratsprozeß ist jetzt durch die Erhebung der Anklage wegen eines Vorfalles eingeleitet, der fast zwei Jahre zurückliegt. Am 31. März 1925 ertranken während einer Pontonübung in der Weser 81 Soldaten vom Ausbildungsbatallion des Reichsmehrinfanterieregiments Nr. 18. Daraufhin veröffentlichte der Schriftsteller Berthold Jacob im „Andren Deutschland“ einen Artikel „Das Zeitfreiwilligengrab in der Weser“, wobei er die Behauptung aufstellte, daß eine Anzahl der ertrunkenen Soldaten Zeitfreiwillige gewesen wären. Nach jahrelanger Voruntersuchung ist jetzt gegen den Verfasser des Artikels und gegen den verantwortlichen Redakteur Fritz Küster aus Hagen in Westfalen die Anklage wegen versuchten Hochverrats erfolgt.

Die Art der Klageerhebung ist ein Muster für die raffinierte Taktik, die sich beim Reichsgericht herausgebildet hat, um unter allen Umständen Strafen wegen Landesverrats oder versuchten Landesverrats verhängen zu können. Ganz abgesehen davon, daß der Reichswehrminister neuerdings selbst Zeitfreiwilligenwerbungen zugegeben hat — durch eine derartige Feststellung sollte eigentlich der ganze Klagegegenstand erledigt sein —, ist den Beschuldigten eine ernsthaftige Verteidigung unmöglich. Geben sie nämlich zu, was der Oberreichsanwalt glauben machen will, nämlich, daß keine Zeitfreiwilligen sich unter den Opfern der Katastrophe befanden, so haben sie trotzdem nach der Auffassung des Reichsgerichts wegen versuchten Landesverrats eine Strafe zu gewärtigen. Gelingt ihnen jedoch der Wahrheitsbeweis, so müssen sie mit einer noch schwereren Strafe rechnen, weil dann nämlich das höchste Gericht des deutschen Volkes auf vollendeten Landesverrat erkennen kann. Und das alles wegen einer Angelegenheit, die heute als Bagatelle gelten könnte, wenn man den Versicherungen des Reichswehrministers Glauben schenken darf, daß er selber Zeitfreiwilligenformationen nicht mehr zulassen will und nachdem eine neue Verordnung des Reichspräsidenten illegale Einstellungen in die Reichswehr verbietet!

## Warum wir so „unsittlich“ sind. Christlich-nationale Offenbarungen.

Man muß sich doch irgendwie betätigen, und so veranstalteten denn die evangelischen Frauenverbände am Montag einen sogenannten „Sittlichkeitstag“. Wir müssen dafür dankbar sein, denn endlich haben wir erfahren, woher die Sittlosigkeit stammt und wie ihr abzuhelfen ist. Das geht aber nicht nach dem Ausspruch Dinkels Brülligs, daß die Armut von der Poveretich kommt, sondern die Sache ist so: Wie eine christlich-politische Studienrätin uns belehrt, ist die sogenannte Unsittlichkeit nicht etwa eine Folge der sozialen Zustände, der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und des verlorenen Krieges, sondern einzig und allein eine Folge des — verlorenen Glaubens. Und wie beheben wir alle diese Mißstände? Eben durch ein richtiges Christentum, das über alles hinweghilft, wobei freilich die Frage offen gelassen wurde, was denn unter diesem „richtigen Christentum“ zu verstehen ist!

Zugegeben aber wurde, daß dieser Glaube nicht eine Sache des Verstandes, sondern nur des Herzens sei. Einzig von innen können wir gebessert werden, von außen also braucht nichts getan zu werden. Kein Geld, keine Wohnungen für die wörtlich zitierten „Kernisten der Armen“, sondern einzig den Glauben! Und damit wußten wir endgültig Bescheid, wie das Sittlichkeitsproblem ein für allemal zu lösen ist.

Ein Herr, der viel vom Teufel erzählte, zeigte uns gleichzeitig auch den bekannnten Teufelsjuch. Er sprach nämlich davon, daß die christlich-unpolitische Studienrätin zu ihren so lichtvollen Ausführungen besonders berufen sei, da sie — mitten im politischen Leben stände! Nachtrag, ich hör' dir lausen! Es handelte sich wieder einmal unter „evangelischem“ Deckmantel um eine rein reaktionäre deutsch-nationale Partei.

sch e, bei der ohne jedes Verständnis mit abgedroschenen Redensarten operiert wurde!

Man sah neben evangelischen Frauen sehr fromme Pastoren und sehr behartete Oberlehrer: Sonst nichts! Von Geist keine Spur!

## Vergebliche Intrigen. Zerfall der völkischen Studentenschaft.

Auch die völkischen Delegierten der preussischen Studentenschaft waren klug genug, in der Unterredung mit dem Kultusminister sich für die Durchführung der berechtigten Forderungen zu verpflichten. Ein Teil des völkischen Vorstandes der Deutschen Studentenschaft bemüht sich trotzdem, die Abmachungen mit dem Kultusministerium zu hintertreiben, indem er die wenigen Studentenschaften, die noch rebellieren, unterstützt. Er erreicht damit nur eine weitere Zerspaltung der Studentenschaft. Die völksparteilichen Hochschulgruppen haben sich in einer Haupttagung ausdrücklich zu den Abmachungen mit dem Kultusministerium bekannt und die antilemische Tendenz der Völkischen desavouiert. Um den Strich auch nach außen hin zu ziehen, haben sie außerdem den Austritt aus dem Hochschulring beschlossen, in dem bisher die rechtsorientierten Studentenien zusammengefaßt waren. Das einzige, was der völkische Vorstand mit seiner Halsstarrigkeit erreicht hat, ist also der Zerfall der rechten Einheitsfront. Völkische Führung!

## Das Verfahren gegen Kölling und Hoffmann

Naumburg a. d. Saale, 8. März. (M.T.B.) Die Verhandlungen vor dem Disziplinarssenat des Oberlandesgerichts gegen Landgerichtsrat Kölling und Landgerichtsdirektor Hoffmann aus Magdeburg dauerten gestern bis in die späten Nachmittagsstunden und wurden heute morgen fortgesetzt. Bei dem Umfang des vorhandenen Materials gilt eine Beendigung des Verfahrens in dreitägiger Verhandlung als ausgeschlossen.

## Die Rheinlandbesatzung.

### Ihr Stand nach der Verminderung.

Der französische Heeresetat für 1927 fordert zur Unterhaltung der Rheinlandarmee 532 Millionen Franken. Die Kredite dienen zur Unterhaltung einer Truppe, die sich für 1927 zusammenfetzt aus 2371 Offizieren, 58830 Mann und 12785 Pferden. Gegenüber den Effektivstärken von 1925 sind die französischen Truppen vermindert um 177 Offiziere und 8078 Mann. Die französischen Heeresangehörigen erhalten eine besondere „Rheinlandentschädigung“.

Im Haushalt der französischen Saartuppen ist für 1927 die Truppenstärke auf 107 Offiziere und 3136 Mannschaften festgesetzt. Die Unterhaltungskosten betragen rund 21 Millionen Franken.

Diese Ziffern beziehen sich nur auf die französischen Truppenteile. Dazu kommen im Rheinland noch belgische und englische Truppen. Die Besatzung ist noch immer zahlenmäßig viel stärker als die deutschen Vorkriegsgarnisonen bei allgemeiner Wehrpflicht und Festungen!

## Die christlich-soziale Wahlmasche.

### Vaugoin über die Waffensunde.

Wien, 8. März. (M.T.B.) Gestern hat der Bundesminister für das Heerwesen, Vaugoin, gelegentlich einer Wahlrede in Stodertau zum ersten Male über die Waffensunde im Arsenal gesprochen und dabei im großen und ganzen die von christlich-sozialer Seite gegebene Darstellung bestätigt. Bemerkenswert ist, daß der Minister weit entschiedener, als es bisher von amtlicher Seite geschehen war, die Waffen als Eigentum der Sozialisten bezeichnet. Er sprach von einer Menge neuer Gewehre, für die eine vierstellige Ziffer nicht genüge. Der Minister hob hervor, daß er auch in Zukunft rücksichtslos zugreifen werde, falls wieder Waffen zu finden sein sollten.

## Lenz.

Von Edwin Erich Dwinger.

Aus dem jetzt erscheinenden Roman „Rosafloß“ — Die Geschichte eines Heimattodes — (Otto Duxing Verlag, Zürich), ist uns der nachfolgende stimmungsvolle Artikel zur Verfügung gestellt worden. Das Buch ist das Schillingwerk eines jungen deutschen Autors, der nach der Rückkehr aus russischer Gefangenschaft den Roman des Russen Rosafloß schrieb.

Heute nacht hab ich des Frühlings Weidewerter gesehen!  
Alle Menschen schliefen, niemand gewahrte sie — ich aber habe sie begrüßt!

„Huiii... huiii... huiii!“ schrien sie in meine Hütte hinein, sprangen durch die Fugen des Fensters und heulten in den Ramin hinauf. Es waren Krieger, wie sie jeder große Herr auf seinem Weg vorausschickt, um sich Platz und Achtung zu verschaffen, und sie waren keineswegs zart und höflich...

Ich sprang vom Lager auf und öffnete die Tür ein wenig. Hoho! Sie rissen sie mir aus den Händen und schlugen sie an die Wand, daß sie wie festgeklebt dran hängen blieb. „Huiii... huiii... huiii!“ Ich mußte sie offen lassen, meine Arme waren zu schwach gegen die Fäuste der Frühlingskrieger...

Ich lehnte mich an den Pfosten und sah hinaus. Es dämmerte. Jackige Wolken statterten wie Fegen einer Riesenfahne am grauen Himmel hin, zerrissen, plohten, ballten sich zusammen — hei! — wie sie flohen!

Der Wald schrie. Huuu... huuu!“ schrie der Wald. Es klang, als fürchte er sich... Seine Bäume trachten im Erwachen, als ob es ihnen in allen faulen Knochen knackte. Oben am Westhange aber, über den die Krieger ohne jede Hinderung in vollem Laufe ins Tal herniederstürmen konnten, beugten sich die Birken bis auf den Boden hinab, erhoben sich, neigten sich wieder, und ihre langen, zarten Feilenzweige statterten im Morgengrauen wie aufgelöstes Haar...

Vom Dache begann es zu tropfen: „Ting... teng... tong... tung!“ tropfte es. Ich lachte und breitete die Hände zu einer Schale aus und fing sie ein: Die ersten Tropfen! Ich hob die Schale an den Mund und trank sie aus — mich düstete!

„Mich düstete nach dir — mein Frühlung!“ rief ich heil.  
„Huiii... huiii... huiii!“ bräust es um meine Hütte. Der Schnee zergeht und tropft und rieselt. Die Bäume krachen, und die Krangen trotzen. Die Luft ist überfüllt von fremden Klängen. Es ist ganz warm. Die Hunde springen an mir auf und winseln leise...

Ich muß hinaus! denke ich und wende mich und werfe meine Töpfe über und greife zu den Eiern. Haha — das letzte Mal?  
„Ich muß dort oben stehen, wo die Birken sich so tief neigen, als ob sie grüßend sich zur Erde niedertreten...“

Wenige Tage, nachdem ich des Frühlings Weidewerter begrüßt hatte, sah ich den Frühlung selbst!

Ich hatte schon einige Nächte im Walde zugebracht. Unter einer

alten Schirmtanne hatte ich eine weiche und trockene Mulde gefunden, die sich Rehe gewählt, dorthinein setzte ich mich des Abends, und meine beiden Hunde, Suschts, die zottige, legte sich an meine Seite, und Pitt, den Kleinen drückte ich auf meinen Schoß. Ich — es war warm genug...

Ich wartete in diesen Nächten auf den Frühling. Hier mußte er vorüberkommen, dieser Bergkamm war die Falle, die ich ihm gelegt hatte. Nein, ich wollte es diesmal nicht versäumen und da er gern des Nachts kam, wie ich wußte, was sollte ich da wohl in meiner Hütte...?

Aber er kam doch nicht, er ließ sich nicht ertappen. Er kam doch, während ich schlief. Gegen Morgen mußte er gekommen sein. Ich hatte wohl einen unruhigen Schlaf, ich fühlte irgend etwas — ja — aber ich wachte erst auf, als es schon zu spät war.

Um mich war lauter Sonne. Ich öffnete das Fenster: Sonne, Sonne! Ich lehnte mich über die Brüstung und sah hinaus: Sonne, Sonne!

Ich lachte laut und voller Uebermut. Die Hunde kläfften. Tausend Vögel sangen.  
Er war gekommen!

Vorn Fenster schwang ein tiefes Summen. Die Bienen flogen! An meiner Hauswand saßen plötzlich hundert Fliegen: Schwarze, dicke, mit schillernden Leibern und gläsernen Flügeldecken. Ich hatte sie nie gesehen. Sie krochen stoßweise und blühsaft dahin, duckten sich, liefen ein kurzes, duckten sich tiefer, schwirrten heiß auf und setzten sich scharf auf demselben Fleckchen wieder nieder. Hei — wie es brummt!

Ich beugte mich weit aus dem Fenster und legte meine Hand, zu einer Wuschel eingeformt, leis an die Wand. Sie glühte wie ein Ofen, diese Wand! Da fuhr ich heftig darüberhin und schloß die Hand.

Es tribbelte! Hahahaha — es tribbelte! Wie süß und fröhlich ist es doch, wenn man nach einem langen, toten Winter seine Hand nur in die Sonne zu strecken braucht, um Leben zu empfinden! Ich hatte lange Runden kein Käsechen mehr in der Hand gehabt, um mich an seinem zuckendwilden Kengstleben zu entzücken!

Ich nahm die Fliege in die Finger und sah sie an. Sie war ganz warm, warm wie die Wand. Und blank und schillernd war ihr Körper und ihre zarten Beinchen griffen voller Lebensangst wie kleine Laufmaschinen in das Leere.

Järrlichkeit sprang in meinem Herzen auf und weiche Güte. Ich lächelte... Pitt sprang an mir empor — der große Fliegenfresser.

„Schau...“ sagte ich. „Schau...“ und setzte sie vor seiner Nase leis auf meine Hand.

Sie pukte sich die Flügel, daß man vermerkte, ein zartes, gläsernes Klirren zu vernehmen. Dann duckte sie sich, tiefer, tiefer. Surrerrr!

Pitt gähnte.  
„O, sei begrüßt, mein Frühlung!“

Der Reichskunstwart als selbständige Reichsbehörde. Der Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages, das Amt des Reichskunstwarts zu einer selbständigen Reichsbehörde auszugestalten, die dem Umfang und der Bedeutung der Aufgaben dieser Stelle entspricht, macht einem seit Jahren bestehenden Provisorium ein Ende. Als dieses Amt des Reichskunstwartes mit der Berufung Dr. Rebslobs aus Stuttgart geschaffen wurde, ist die Stelle statsmäßig derart aufgefüllt worden, daß man sie unter die sachlichen Ausgaben des Ministeriums des Innern einordnete und die persönlichen Anstellungen im Wege des Privatvertrages als Angestellte vollzog. Inzwischen hat sich das Amt des Reichskunstwartes gegenüber den anderen Reichsressorts, die bisher die hingehörenden Dinge bearbeiteten, durchzusehen verstanden, es hat sich im behördlichen Organismus Autorität und Freiheit zu schaffen gemüht. Dazu hat wesentlich der wiederholte Beifall, den die Leistungen des Reichskunstwartes und seines Amtes in der Öffentlichkeit fanden; und so konnte bei der jetzigen Etatsberatung der bisherige Innenminister Dr. Kütz zur Begründung des Antrages für Verleibständigung dieser Stelle den Wunsch aussprechen, daß Dr. Rebslobs Arbeit, dem Reiche in seiner Hoheitsverwaltung, bei Feiern und besonderen Anlässen (die Beisetzungsfeierlichkeiten für den Reichspräsidenten Ebert usw.) einen eigenen, einseitlichen Sitz zu schaffen, nun immer weiter in dieser für das Reich traditionsvollenden Einheit sich beseitige. Der Antrag fand die Zustimmung aller Parteien außer den Deutschnationalen. Wie wir erfahren, sind über die Ausgestaltung des Amtes des Reichskunstwartes als selbständige Behörde, über die Form ihrer Ein- und Angliederung an das Innenministerium im einzelnen Beschlüsse der Regierungsstellen noch nicht gefaßt.

Vermittlung im Flugzeug. Von drei Züricher Alpinisten, die vor vor etwa 14 Tagen von Chamounix aus zu einer Besteigung des Requin-Oberflüchlers aufgestiegen waren, werden seither zwei vermist; ein Mitglied der Gesellschaft ist früher umgekehrt und nach 24stündiger Irwanderung bereits aufgefunden worden. Um die beiden Vermissten zu suchen, ist jetzt von Genf aus ein Flugzeug aufgestiegen; man hofft, daß die beiden Alpinisten in einer Hütte Zuflucht gefunden haben und wird versuchen, sie vom Flugzeug aus zu verprolantieren.

Die Ausstellung der jungen Kaiser in der „Deutschen Kunst-gemeinschaft“ im Schloß Meißel bis einschli. Sonntag, dem 12. 84 freiem Eintritt geöffnet. Es haben sich auch die Ausstellungsbesucher noch die Möglichkeit, durch Stimmabgabe das Werk zu begründen, das ihnen als die beste künstlerische Leistung erscheint.

Vollabnahme. Am Theater am Schiffbauerdamm wird surzeit Gunnar Heberg's „Traudie der Liebe“ mit Agnes Strand, Hans Rehmann und Leo Reub vorberichtet.

Mary Wlomon bringt mit ihrer Tanztruppe am 13. 117. Uhr, in der Scala eine Wiederholung ihrer Langobarden „Die Feier“.

Frank Werel liest am 20. dem 7. Dichtabend des Verbandes Deutscher Erzähler, abends 8 Uhr, im Reichstag aus seinen Werken.

Der Hamburger Staat unterstützt Schriftsteller. Eine amtliche Mitteilung stellt fest, daß der Hamburger Staat in den Jahren 1925 und 1926 an 15 Hamburger Schriftsteller Stipendien von je 1000 Reichsmark gezahlt hat. Außerdem hat der Staat in 11 Fällen kleinere Stipendien gezahlt und vier Hamburger Schriftstellern Auslandsreisen ermöglicht.

## Die Abwürgung der Mandatskommission. Und die Helferrolle Stresemanns.

Auf der jetzigen Genfer Ratstagung hat ein Kampf ein Ende gefunden, den die Mandatskommission des Völkerbundes um die Rechte der Mandatsvölker geführt hatte. Dieser Kampf hat mit ihrer Niederlage geadelt.

Die Mandatskommission hatte in ihre Geschäftsordnung das Recht der Mandatsvölker aufgenommen, vor ihr zu erscheinen und sich mündlich über die Verwaltung der Mandatsregierungen zu beschweren. Die durchaus nicht nur aus überwältigend reformfreundigen Kolonialpolitikern zusammengesetzte Kommission hatte gefunden, daß das schriftliche Petitionsrecht nicht ausreichte. Sie hatte es für recht und billig gehalten, daß nicht nur die beteiligten Mandatsregierungen, sondern eben auch Vertreter der Mandatsbevölkerung vor ihr erscheinen und ihre Auffassungen sollten darlegen dürfen. Jedes andere Verfahren wäre eine grobe Ungerechtfertigkeit, denn wenn nur die Regierungen vor der Mandatskommission auftreten und sich rechtfertigen dürfen, und die Bevölkerungen dürfen das nicht, so haben die Regierungen vor vornherein ein Uebergewicht, gegen das selbst die begründetsten Beschwerden der Mandatsbevölkerungen nicht auskommen können. Die Mündlichkeit des Petitionsrechts sollte ein Grundrecht der Mandatsbevölkerungen werden.

Der aus den Regierungen zusammengesetzte Völkerbundrat stürzte die Pläne der von ihm eingesetzten Mandatskommission solange nicht, als es zur praktischen Anwendung dieses Grundrechtes nicht kam. Der erste Vorstoß gegen das Recht der Mandatsvölker auf Gehör kam von Frankreich; er verhinderte mit Mühe, daß juristische Vertreter über die militärischen Ausschreitungen der französischen Verwaltung des Mandates Syrien gehört wurden. Den entscheidenden Vorstoß jedoch unternahm die britische Dominien. Namentlich Australien drängte auf Beseitigung des mündlichen Klagerrechtes der ihm unterstellten Mandatsvölker. Die englische konservative Regierung gab diesem Druck nach; sie machte sich zum Sprecher der australischen Wünsche; gerade in den kritischen Momenten vor der Reichskonferenz tat sie das, um den Dominien wieder einmal so recht vor Augen zu führen, wie nützlich die Londoner Regierung ihnen sogar im Völkerbunde sei. So opferte England den wichtigsten Teil des demokratischen Mandatsgedankens im Interesse des Zusammenhaltens des Imperiums. Auf sein Betreiben beschloß der Rat, die Regierungen, die Mandate vertreten, um Auskunft darüber zu ersuchen, ob sie das mündliche Petitionsrecht für zweckmäßig halten. Man kann sich denken, wie die Antworten ausgefallen sind: Mit Ausnahme Belgiens, das sich für ein beschränktes Recht auf Gehör einsetzte, lehnten die anderen Mandatsmächte es vollständig ab; die Autorität der Regierungen würde leiden. Es sei schon genug, daß die Mandatsvölker sich über ihre Regierungen stellen überhaupt beschweren dürfen. Es dürfe ihnen unmöglich das Recht zugestanden werden, ihre eigenen Regierungen vor der Kommission zur Rechenschaft zu ziehen! Daraufhin hat also der Rat beschlossen, das Recht auf Gehör der Mandatsvölker zu beseitigen. Die Autorität der Regierungen hat über die Demokratie der Kolonialvölker gesiegt.

Ist das das klare Ergebnis des Ratsbeschlusses, so ist die Rolle nicht weniger klar, die die deutsche Regierung dabei gespielt hat. Es ist nicht bekannt geworden, daß sie auch nur den geringsten Widerstand gegen die Denaturierung des Mandatsgedankens geleistet hat. Ja, es ist nicht einmal wenigstens das bekannt geworden, daß sie sich für die Mandatsbevölkerungen gegen die anderen Regierungen eingesetzt hat, um den Verzicht darauf im diplomatischen Spiel in Genf auszuwerten! So beläugt ist die Stresemann-Konferenz-Regierung in der Solidarität der Imperialisten gegen die Kolonialvölker! Um so weniger natürlich ist sie auf den Gedanken gekommen, die koloniale Demokratie um ihrer selbst willen zu fördern. Das regierende Deutschland hat eine Gelegenheit verpasst, in der Welt der erwachenden Völker moralische Eroberungen zu machen!

## Das Holz aus dem Schweinewagen.

Im „Bayerischen Kurier“, dem Blatt der ganz blaumeißen bayerischen Belange, finden wir, dem „Diebstahl“ nachgerichtet, eine nette Geschichte über die Sprünge, die der Amtschimmel im Lande der bayerischen Eigenart vollführte:

Ende vergangenen Jahres war der Export von geschlachteten Schweinen so groß, daß die vorhandenen Kühlwaggons nicht mehr ausreichten. Die jugoslawischen Exportfirmen begegneten diesem Mangel dadurch, daß sie gewöhnliche Güterwaggons durch Einbau primitiver Hängenvorrichtungen zu „behelfsmäßigen Schweinetransportwaggons“ umwandelten. Diese Hängenvorrichtungen bestanden aus Rundhölzern, Bierstammlern usw. und hatten nur den Zweck, daß die Schweine in den Waggons „gehängt“ werden konnten.

Eine ganze Reihe solcher Schweinetransportwaggons ging nach erfolgter Entladung nach Jugoslawien zurück. Die behelfsmäßige Einrichtung blieb hierbei in den Waggons. Anstatt nun diese Leerwaggons dorthin zu dirigieren, wo sie immer wieder benötigt wurden, wie z. B. Maribor (Warburg), kam von der jugoslawischen Eisenbahndirektion an die Güterstation München-Gladbach eine Weisung, wonach die Rückleitung der behelfsmäßig ausgerüsteten Waggons nicht mehr gestattet sei, vielmehr die Waggons nur nach Entfernung der behelfsmäßigen Holzgestelle nach Jugoslawien zurück führen. (1) Und so kam es, daß in München leinertzeit von den Waggons die Holzgestelle in Richtung herausgenommen, in Jugoslawien eine andere Einrichtung wieder hineingemacht wurde! Aber das ist ja schließlich eine Angelegenheit, die in der Hauptsache die Jugoslawen betrifft.

In München nahm man ordnungsgemäß die Hölzer heraus, weil das Holz, als Brennholz verwendet — eine gewisse Heizfähigkeit für den Zeitverlust usw. bedeutet. Es dauerte aber nicht lange, da erfuhr das Zollamt auf dem Han: Das Holz muß entweder an den Abfahnder des Waggons zurückgehen oder aber es muß verkauft werden. Da es sogar „bearbeitet“ (abgeantet usw.) war, sei der Zoll für „bearbeitetes“ Auslandsholz zu entrichten! Nachdem die Hölzer auch noch „grün“ waren, hätte sich der Zoll so hoch belaufen, daß das Brennholz — unter Berücksichtigung der Arbeit für Kleinmachen usw. — mindestens nochmal so teuer gekommen wäre als zugekauft Brennholz im freien Handel. Es blieb also nichts anderes übrig, als das „bearbeitete Auslandsholz“ nach Jugoslawien zurückzuführen.

Vorher wurde aber noch der Versuch unternommen, dem Zollamt das Holz zum Beiten einer Woblfahrtsanstalt usw. kostenlos zu überlassen. Nachdem dies in Deutschland aber nur dann gestattet ist, wenn die Ware vorher verkauft wurde — ging das Holz endgültig nach Jugoslawien zurück! Aber damit ist der Kopf erst gelassen — die schöne Scheibe kommt erst.

Ein Jahr und ein Monat später kommt durch die Station München-Gladbach eine Nachtragsforderung in Höhe von circa 15 M., die der bezahlen muß, der das Holz zurückgeschickt hat. . .

Die Sache mit dem Holz hatte sich nämlich so entwickelt: Der Abfahnder des Holzes in Jugoslawien hatte die Annahme der Sendung verworfen, weil die auf derselben lastenden Frachtposten jedenfalls den Wert des Holzes überstiegen. Das Holz wurde in Jugoslawien versteigert. Der Erlös genügt nicht zur Abdeckung der angefallenen Frachtposten. Daher mußte nach 13 Monaten der Münchener Abfahnder circa 15 M. — für Frachtposten nachbezahlen!

# Filmkritiker und Filminsertate.

## Eine unzulässige Doppelrolle.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte kam gestern eine interessante Privatklage zur Verhandlung. Beklagter war der frühere Redakteur der „Lichtbildbühne“ Dr. Wendel, Kläger der Redakteur der Zeitschrift „Der Film“ Feige.

Am 26. Dezember vorigen Jahres erschien in der „Lichtbildbühne“ ein Artikel, der der Zeitschrift „Der Film“ vorwarf, daß sie den Hells-Moja-Film „Die Strafe des Vergessens“ aus dem Grund schlecht besprochen habe, weil ihr Inserate verweigert worden waren. Der Artikel enthielt auch sonst eine große Anzahl von beleidigenden Ausfällen gegen den Redakteur der Zeitschrift „Der Film“, Herrn Feige. Dieser reichte darauf die Privatklage ein. In der Gerichtsverhandlung gelang es dem Dr. Wendel zwar nicht, den Wahrheitsbeweis zu führen; er konnte jedoch feststellen, daß Herr Feige tatsächlich, obgleich Filmkritiker, an den Filminsertaten materiell beteiligt war; der Beklagte mußte dies selbst zugeben. Von besonderem Interesse waren aber die Gutachten der Sachverständigen: des Chefredakteurs der „Vossischen Zeitung“, Georg Bernhard, des Vertreters des Reichsverbandes der Fachpresse, Dr. Pape, und des Filmkritikers des Scharf-Verlags Kros. Georg Bernhard erklärte mit aller Entschiedenheit, daß eine finanzielle Beteiligung des Filmkritikers in Insertaten unter allen Umständen höchst bedenklich sei, ebenso auch eine finanzielle Beteiligung des Kritikers an den Insertaten. Es müsse unter allen Umständen hier eine reine Scheidung bestehen. Im gleichen Sinne äußerte sich auch Pape. Da-

gegen erklärte Herr Kros vom Scharf-Verlag, daß er selbst als Filmkritiker gewisse Lantienmen von Film-Insertaten beziehe. Auf die Annahme der Insertate selbst habe er jedoch nach der ganzen Organisation im Scharf-Verlag absolut keinen Einfluß. Die Verteidigung des Dr. Wendels erklärte, daß dieser bereits seit 20 Jahren in der Filmbewegung stehe und stets für die Standesehre der Filmjournalisten eingetreten sei. Er habe auch in diesem Fall nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Daher stehe ihm der § 193 zur Seite. Der Vertreter des Nebenklägers war dagegen der Ansicht, daß allein Konkurrenzrücksichten den Artikel veranlaßt hätten.

Das Gericht verurteilte Dr. Wendel zu einer Geldstrafe von 80 Mark. In der Begründung führte der Richter aus, daß die Beweisaufnahme die völlig unzulässige Vermischung der Insertatenaquisition mit der Redakteurarbeit ergeben habe, ferner auch die Tatsache, daß der Kläger Feige sich gelegentlich dahin geäußert habe, daß eine Filmkritik von der Inseratierung abhängig gemacht würde. Es sei jedoch nicht der Nachweis gelungen, daß die schlechte Besprechung des Hells-Moja-Films von der Aufgabe eines Insertats bestimmt worden sei. Deshalb sei der Beklagte zu bestrafen.

Die Streitigkeiten zwischen der „Lichtbühne“ und der Zeitschrift „Der Film“ mögen für die Deutschesicht von geringem Interesse sein. Von um so größerem Interesse erscheint dagegen die prinzipielle Frage der finanziellen Beteiligung von Filmkritikern an den Filminsertaten.

## Jürgens und die Versicherung.

### Die „hochbegabte“ Stargarder Polizei.

Frau Jürgens, die heute scheinbar recht frisch den Saal betrat und sich lebhafter als sonst mit ihren Verteidigern und Beratern unterhielt, erlitt nach kaum viertelstündiger Verhandlung wieder einen Ohnmachtsanfall, von dem sie sich aber bald wieder erholte.

Die Verhandlung brachte zunächst wieder die Gutachten der Sachverständigen für Hundestrogen hinsichtlich des Verhaltens des Jürgenschen Hundes im Kolberger Einbruchfall. Die Sachverständigen sahen in dem Verhalten des Hundes keinen Widerspruch in der Annahme, daß tatsächlich fremde Personen die Tat verübt haben. Jürgens bemerkte hierzu erregt, daß er als Jurist und als Knopologe seit einem Jahr um diese Feststellung gekämpft habe, die jetzt von den Sachverständigen getroffen worden sei. Dann wurde der Versicherungskommissar Arndt aus Stargard vernommen, durch den das Ehepaar Jürgens zunächst eine sogenannte Heimlichversicherung in Höhe von 12 000 M. abgeschlossen hatte, und zwar, wie der Zeuge betonte, hauptsächlich auf Zureden der Frau Jürgens. Ferner schloß Frau Jürgens vor der Kolberger Reise eine Reisegepäckversicherung ab, ebenfalls in Höhe von 12 000 M., wovon 300 M. auf Schmuck und Goldsachen entfielen. Für den von Kolberg gemeldeten Schaden wurden von der Versicherung 5150 M. als Entschädigung gezahlt. Vor: Haben Sie die Empfindung gehabt, daß hier überverleitet worden war? Zeuge: Nein. Vor: Ist auf beschleunigten Abschluß der Versicherung gedrängt worden? Zeuge: Die Einbruchdiebstahlversicherung sollte innerhalb drei Tagen in Kraft treten, was ich aber zunächst nicht zulassen konnte. Bei der Einbruchdiebstahlversicherung mußte ein besonderes Verzeichnis der Schmucksachen überreicht werden. Sie wurde dann am 12. Dezember (am Tage des Einbruchs), am Tage der ersten Prämienzahlung beigebracht. Jürgens: Ich habe auf schnellen Abschluß der Versicherung gedrängt, weil ich erstens den Brandgefahr hatte, zweitens den verletzten Einbruch, drittens den Diebstahl, und schließlich wollte ich am 13. Dezember nach Leipzig fahren, wo ich als Zeuge in der Sache Hahnfeld geladen war, weil ich also meine Frau allein in der Wohnung lassen mußte. Dazu kam die Nachricht, daß ich in Berlin, wohin ich am 1. Januar verlegt war, zunächst keine Wohnung erhalten konnte. Außerdem hatte mir der Zeuge zugesagt, daß die im Verzeichnis aufgeführten Schmucksachen noch besonders nachversichert werden sollten. Ich lege auf die Feststellung besonderen Wert wegen verschiedenen Bemerkungen, die die kriminell so hoch begabte Stargarder Polizei und auch der Herr Oberstaatsanwalt in dieser Richtung gemacht haben. Zeuge: Das ist richtig. Jürgens (sehr erregt): Der Stargarder Polizei war nämlich in meiner Wohnung nicht genug kaputt gemacht und deshalb hatte der Herr Oberstaatsanwalt an meine Angestellten die Frage gerichtet, ob die Gemäße am 12. Dezember abends noch in der Wohnung waren. Alles war an diesem Abend voll versichert, nur das nicht, was gestohlen worden ist, nämlich die Perlenkette und die sonstigen Schmucksachen. Seit einem Jahr kämpfe ich

## Der höfliche Einbrecher.

### Und eine entschlossene Frau.

Durch die Entschlossenheit einer Frau wurde gestern abend ein entsprungenen Juchhäuser wieder eingefangen. Als eine Frau aus der Saarwaldstraße, deren Wohnung an der Ecke der Urbanstraße im Erdgeschoß liegt, gegen 7 Uhr von einem Ausgang heimkehrte, begegnete ihr auf dem Flur ein fremder Mann im Pelzmantel, der ihr überhöflich wiederholt einen guten Abend bot. Sie wunderte sich darüber, weil sie den Mann nie gesehen hatte.

Als sie ihre Wohnung betrat, bemerkte sie, daß ein Einbrecher sie besucht hatte und nahm sofort an, daß der „höfliche“ Mann sie bestohlen hatte. Mit dem Rufe „Haltet den Dieb!“ setzte sie dem Verdächtigen, der noch nicht weit weg war, eiligst nach. Einige Männer aus der Gegend schlossen sich der Verfolgung an. Da wußte der Mann ein Paket weg, zog auch den Pelz aus und ließ ihn im Stich, um besser laufen zu können. Am Urbanhafen ging er in ein Haus hinein, das zwei Ausgänge hat. Die Verfolger lauerten aber das Haus aus, eilten um die Ecke, gingen den Flüchtigen ab und brachten ihn nach der Wache. Das weggeworfene Paket enthielt Wäsche und Silberzeug der Frau, der Pelzmantel war der ihres Mannes. Auf der Wache tobte der Festgenommene, schlug eine Fenster Scheibe ein und versuchte zu entfliehen. Als ihm das nicht gelang, beugte er sich endlich seinen Namen angeden. Er nannte sich Inelia. Auf dem Polizeipräsidium spielte er weiter den wilden Mann. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß es eine Familie des ungewöhnlichen Namens Inelia tatsächlich gibt. Frau Inelia war nicht wenig erstaunt, daß ihr Mann bei einem Einbruch festgenommen sein sollte. Auf dem Polizeipräsidium erkannte sie denn auch sofort, daß der Verhaftete gar nicht ihr Mann war. Dieser versuchte trotzdem seine Rolle weiter zu spielen, wurde aber vom Erkennungsdienst entlarvt als ein 29 Jahre alter Elektromonteur Alfred Reich, der im November v. J. aus dem Juchhäuser in Ohlau, wo er noch ein Jahr zu verbüßen hatte, entwichen war.

## Die Forderungen der Kriegeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegeschädigten und Hinterbliebenen hatte die Kriegssopie am Sonntag, den 8. März 1927, zu einer großen Kundgebung im Walhalla-Theater aufgerufen. Der Bundesvorsitzende Christoph Vlandner sprach über „das getreute Recht der Kriegssopie“. Auf Grund seiner Ausführungen wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Die am 26. März 1927 im Walhalla-Theater versammelte Kriegssopie haben mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung schon im vorigen Jahre fast 100 Millionen Mark bei der Versorgung der Kriegeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eingespart und gleichzeitig für andere Zwecke ausgegeben hat. Trotz der Entschliessung des Reichstages vom 1. Juli 1926, nach der die Reichsregierung beauftragt war, in jeder Weise die erforderlichen Mittel für die Verbesserung der Versorgung freizumachen, ist der überschüssige Betrag im Voranschlag 1927 ganz gestrichen. Dieses geschieht zu einer Zeit, in der das Reichsverordnungsgericht dem Hochverdiener Lüdtwig eine Pension von 16 000 Mark jährlich zuspricht, während Tausende von wirklichen Kriegssopien Hunger leiden und für die Heilbehandlung der Hinterbliebenen sowie für die Erziehung der Kriegerrinder nicht ausreichend gesorgt ist. Mit aller Entschiedenheit weisen die Versammelten den Versuch des Abgeordneten Böhm im Reichstage zurück, daß der Reichsbund erst durch Flugblätter Unruhe in den Reihen der Kriegssopie getragen habe. Die Versammelten erließen den Bundesvorstand des Reichsbundes, alles einzusehen, damit für die Versorgung und für die Erziehung sofort die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dem Reichstage fordern die Versammelten, daß endlich den Worten die Taten folgen. Dem Kameraden Rohmann sprich die Versammlung ihren Dank für seine parlamentarische Arbeit aus.“

## Neue Erdbebenkatastrophe in Japan.

### Große Verluste an Menschenleben.

Ein Karler, drei Minuten anhaltender Erdstoß wurde gestern abend in Nagoya, Kyoto, Osaka und Kobe wahrgenommen. Der Erdbeberherd soll sich in Tajima befinden, wo der Erdstoß am stärksten war. Eine genaue Angabe des angerichteten Sachschadens liegt noch nicht vor; er ist offenbar nicht schwer. Durch den Erdstoß wurde in den Gegenden Kyoto und Osaka die elektrische Stromversorgung unterbrochen. Die Einwohner flüchteten auf die Straßen.

London, 8. März. (U.) Nach Berichten aus Japan zeigt sich, daß der Umfang der neuen Erdbebenkatastrophe weit größer und die angerichteten Schäden weit bedeutender sind, als zunächst angenommen wurde. In Hakas brach eine Spinnerei zusammen und begründete eine große Anzahl von jungen Mädchen unter ihren Trümmern. Neun von ihnen wurden getötet, 23 verwundet. Auch die berühmte Amurube-Eisenbahnüberführung ist eingestürzt. In Zentraljapan wurden unzählige Häuser und Brücken beschädigt. Die Zahl der Toten in Osaka wird auf mindestens 100 geschätzt. Eine große Anzahl von Personen, darunter auch Ausländer, wurden verletzt. Zahlreiche Brände sind ausgebrochen. 40 Häuser sind zerstört worden. In anderen Teilen des Erdbebengebietes stehen ganze Städte in Flammen. Mehrere Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht worden. Kobe, wo sich eine bedeutende ausländische Niederlassung befindet, wurde schwer erschüttert und von vielen kleineren Bränden heimgesucht.

## Krankenhaus-Einweihung in Ludenwalde.

Die nahe Industriestadt Ludenwalde hatte am Sonntag den 6. März, ihren großen Tag. Unter Beteiligung der Regierungs- und Verwaltungsoffiziere sowie von Ärzten und Pflegepersonal wurden die Krankenhaus-Erweiterungsbauten eingeweiht. Damit ist ein Bau der Benutzung übergeben, wie ihn wohl in gleich zweckmäßiger Weise keine Mittelstadt von ähnlichem Ausmaße wie Ludenwalde aufweisen kann. Das 1919/20 ausgeführte Bauprogramm konnte bis 1922 nur teilweise ausgeführt werden, aber die Ueberfüllung des Krankenhauses zwang die Stadtverwaltung im vorigen Jahre, die Erweiterungsbauten zu beginnen und in zehn Monaten zu vollenden. Das Krankenhaus hat heute 200 Betten und ein Gesamtpersonal von 70 Personen; das Pflegepersonal umfaßt 32 Personen; an der Spitze der Ärzteschaft steht Sanitätsrat Dr. Riesel. Was dem Bau seine Bedeutung verleiht, ist die muster-gültige Art, wie alle modernen Errungenschaften der medizinischen und hygienischen Technik zur Anwendung kommen. Wir zählen hier auf: Keine Kohlenheizung, sondern Dampfzuführung vom Schlauchhof her, die Heizen, Röhren und Wälder bewirkt. Statt der Klingel-Vichtsignale. Eine geburtsärztliche Station ist eingerichtet und die Kinderstation mit Glaswänden versehen. Ein entzündendes Kinder-Spielzimmer, vom Licht durchflutet. Besondere Sorgfalt ist der Tuberkuloseabteilung gewidmet: sehr interessant ein Apparat, der automatisch die Reinigung der Gläser mit dem Auswurf der Kranken bewirkt. In allen Betten ein Radioapparat: Heiterkeit der Seele ist halbe Heilung. Noch zu erwähnen ist die Röntgenabteilung und die pathologische Station, die wissenschaftlicher Forschung dient. Das Verdienst, die Ausgestaltung großzügig durchgeführt und den ganzen Krankendienst nicht nur mit Licht und Luft, sondern auch mit sozialem Geist erfüllt zu haben, gebührt unserem Genossen, Stadtrat Dr. Salomon, dem als städtischen Dezernenten die Schlüssel des Baues übergeben wurden. Ansprachen der Herren Brennecke (Stadt. Bauamt), Poppe (Kriegsamt) und Dr. Salomon (Dezernent) kärten die zahlreich erschienenen über das bereits von heller Sonne durchstrahlende Räume schloß sich den Vorträgen an. Das „rote“ Ludenwalde hat mit diesem Bau gezeigt, was soziale Fürsorge auch mit beschränkten Mitteln zu erreichen vermag.

Eine öffentliche Mieterversammlung in Hermsdorf findet am Donnerstag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im Lokal Laud, Berliner Straße, statt. Tagesordnung: Kampf dem Mietermüßel! Für Mieterkühn und ein soziales Mietrecht. Referent Ernst Ruben.

## Die Gründung der neuen Arbeitsgerichte Die Vorbereitungsarbeiten.

Alle vom neuen Arbeitsgerichtsgesetz dazu berufenen Behörden sind jetzt damit beschäftigt, die neuen Arbeitsgerichte ins Leben zu rufen. Da diese schon am 1. Juli 1927 ihre Tätigkeit beginnen sollen, sind alle nötigen Vorbereitungen zu beschleunigen.

Zunächst sind schon eine Reihe behördlicher Erlasse dazu ergangen. In Preußen ist durch das Staatsministerium als oberste Landesbehörde für die Sozialverwaltung im Sinne des Arbeitsgerichtsgesetzes der Minister für Handel und Gewerbe bestimmt worden. Die Oberlandesgerichtspräsidenten haben die Beizung bekommen, wegen der Frage der Sitz- und Bezirke der neuen Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte und der bei ihnen zu errichtenden Kammern nach Anhörung der Landesgerichtspräsidenten sich mit den Regierungspräsidenten des Bezirks in Verbindung zu setzen. Nachdem auch nach die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gutachtlich gehört worden sind, soll ein Plan der Organisation der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte entworfen werden.

Es sollen nicht unangemessen kleine Arbeitsgerichtsbezirke gebildet werden. Auf jedes Gericht sollen Arbeitsstreitigkeiten in solcher Zahl entfallen, daß es die nötigen Erfahrungen sammeln und seine Sitzungen mit so kurzen Fristen abräumen kann, wie es die nötige Beschleunigung des Verfahrens erfordert. Der Vorsitzende und die Beisitzer müssen öfters praktische Gelegenheit haben, sich mit ihrem Aufgabenkreis eingehend vertraut zu machen. Ein Bedürfnis zu einem Arbeitsgericht für mehrere Amtsgerichtsbezirke ist besonders dann gegeben, wenn ein wirtschaftlich in sich abgeschlossenes Industriegebiet entstanden ist, das sich über mehrere Amtsgerichtsbezirke erstreckt. Wo bisher ein Gewerbegericht besteht, wird regelmäßig auch ein Arbeitsgericht zu errichten sein. Die Landesarbeitsgerichte sind bei den Landesgerichten zu errichten.

Regelmäßig sind bei jedem Arbeitsgericht eine Kammer für Streitigkeiten der Arbeiter, eine Kammer für Streitigkeiten der Angestellten und eine Fachkammer für Streitigkeiten des Handwerks (Handwerksgericht) zu errichten. Bei kleinen Arbeitsgerichten soll von der Bildung getrennter Kammern für Arbeiter und Angestellte abgesehen werden. Für Streitigkeiten bestimmter Berufe oder Gewerbe können Fachkammern gebildet werden. Die Bildung der Fachkammern für das Handwerk ist zwingend vorgeschrieben.

Nachdem der vorläufige Plan der Sitz- und Bezirke der Arbeitsgerichte aufgestellt ist, ist die Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer einzuberufenden Sitzung gemeinsam mit den Regierungspräsidenten vorzunehmen. Die zu der Sitzung am Sitz des Oberlandesgerichts von dessen Präsidenten einzuladenden wirtschaftlichen Vereinigungen sollen von den Regierungspräsidenten benannt werden. Zur Vorbereitung der Sitzungen soll den Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Gelegenheit gegeben werden, untereinander oder auch miteinander die Fragen vorher zu besprechen. Eingehende Vorbereitung und Besprechung durch alle Beteiligten erscheint dem Justizminister dringend erforderlich.

Diesen Richtlinien ist in der Berliner Besprechung von Unternehmern, wie von Arbeiterseite grundsätzlich zugestimmt worden, weil sie aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen vernünftig sind und jede andere Regelung mit dem Ziel der ganzen Arbeitsgerichtsbarkeit in schärfstem Widerspruch stehen würde. Die gleichen Erwägungen wie für die Arbeitsgerichte müssen, wie das auch in den ministeriellen Erlässen zum Ausdruck gelangt, für die Organisation der Landesarbeitsgerichte, insbesondere ihr Verhältnis zu den Landesgerichten maßgebend sein.

Wie unmöglich etwa eine schematische Anlehnung an die vorhandenen Amts- und Landesgerichte ist, zeigt der Umstand, daß es in Preußen rund 1000 Amtsgerichte und 85 Landesgerichte gibt (eine für

## Holzarbeiter!

Heute, Dienstag, von 4 1/2 bis 7 Uhr:

### Delegiertenwahl zur Generalversammlung für Liste I Amsterdam.

Jeder muß seine Stimme abgeben

Die Arbeitsgerichtsbarkeit viel zu hohe Zahl) und daß die Durchschnittsbelastung der bisherigen Gewerbegerichte (276 in Preußen) 1924 215 Fälle (ohne die 17 größten Gerichte sogar nur 116 Fälle) betrug und die Durchschnittsbelastung der bisherigen Kaufmannsgerichte (177 in Preußen) 1924 124 Fälle (ohne die 11 größten Gerichte sogar nur 56 Fälle); der gemeindliche Charakter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hatte eben zu einer Bildung von viel zu vielen Zwergerichten mit geringer Beschäftigung statt einer kleinen Zahl sach- und sachkundiger Gerichte mit qualifizierten Vorsitzenden geführt. Dem neuen preußischen Justizminister erwächst hier in Gemeinschaft mit dem preußischen Handelsminister eine dankbare Aufgabe, nämlich dafür zu sorgen, daß der Erlaß seines Vorgängers auch in die Wirklichkeit umgesetzt und nicht durch provinzielle und lokale Eigenbräutereien und Juristenerwägungen, die nur zu gern eine überkommene Gerichtsorganisation konservieren statt wirtschaftliche Gesichtspunkte anzuwenden wollen, durchkreuzt wird. Wir möchten die dringende Erwartung aussprechen, daß es nicht erst parlamentarischer Erörterungen und der Vorstellungen der Spitzenorganisationen bedarf, um — im Sinne der preußischen ministeriellen Richtlinien — zu einer wirklich leistungsfähigen Organisation zu gelangen.

### Die Buchdrucker zum Tarifvertrag. Zustimmung trotz ungenügender Zugeständnisse.

Die Berliner Buchdrucker hatten gestern in den Germania-Sälen eine außerordentliche Generalversammlung, die sich mit der letzten Lohn- und Manteltarifbewegung beschäftigte.

Genosse Braun, der den Bericht von den Verhandlungen gab, schilderte zunächst die Entwicklung der Bewegung und die Anträge der Unternehmer, die ein wahres Sortiment von Verschlechterungen darstellten. Er betonte, daß es allein schon ein großer Erfolg der Organisation gewesen sei, diese beabsichtigten Verschlechterungen bis auf ein geringes Maß abzumehren. Der größte Erfolg sei die Befreiung der Mehrarbeit, wodurch praktisch der Achtstundentag im Buchdruckgewerbe wieder hergestellt sei. Es liegt nun allerdings an den Betriebsräten und den Buchdruckern selbst, auf die Innehaltung des Achtstundentages zu achten und nicht wieder das Ueberstundenwesen eintreten zu lassen.

Die durch den Schiedspruch festgesetzte Lohnerhöhung entspricht nicht den Forderungen der Gehilfen. Es muß aber bezweifelt werden, daß bei einer Ablehnung des Schiedspruchs von der staatlichen Schlichtungsinstanz ein für die Gehilfen günstigerer Schiedspruch gefällt worden wäre. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß sich die Buchdrucker mit dem Erreichten vor der Dezentralität wohl sehen lassen können.

In der Diskussion wurde das Ergebnis der Verhandlungen von den kommunistischen Rednern als völlig ungenügend und unannehmbar bezeichnet und die Ablehnung sowie die Vorbereitung und Aufnahme des Kampfes gefordert. Die Versammlung zeigte für diese Phrasen kein Verständnis und legte ihre Auffassung in folgender, mit erdrückender Mehrheit angenommener Entschließung nieder:

„Die am Montag, den 7. März, tagende Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer hat den Bericht über die Lohn- und Manteltarifverhandlungen entgegengenommen und erkennt an, daß die Gehilfendvertreter bestrebt waren, den berechtigten Forderungen der Gehilfen Geltung zu verschaffen. Die Versammlung bringt aber demgegenüber zum Ausdruck, daß das Ergebnis sowohl in bezug auf den Lohn- als auf den Manteltarif

den Erwartungen der Gehilfenschaft nicht entspricht und bedauert bei der geringen Lohnerhöhung die langfristige Festlegung des Lohnabkommens. Wenn die Versammlung dem Abkommen trotzdem zustimmt, so geschieht dies in der Erkenntnis, daß infolge der jetzigen politischen Lage auf dem Wege der Verhandlungen nicht mehr zu erreichen war.“

Ein stimmig angenommen wurde eine weitere Entschließung, die gegen das Urteil des 4. Senats des Reichsgerichts protestiert und u. a. die Amnestie der verurteilten Seiger und eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen verlangt.

### Kundgebung der Landarbeiter. Die Rationalisierung in der Landwirtschaft.

Halle, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Gau Halle (Regierungsbezirk Merseburg, Freistaat Anhalt) des Deutschen Landarbeitersverbandes veranstaltete am Sonntag und Montag eine Tagung in Halle. Am Sonntag fand eine Delegiertenkonferenz statt, die den Organisationsbericht des Gauleiters entgegennahm, wobei der Verbandsvorsitzende Georg Schmidt-Berlin über die Entstehung des Verbandes und seine Aufgaben in der Gegenwart sprach. Weiter wurde durch Hille-Halle die Bedeutung der Tarifverträge für die Landarbeiter erläutert. Ein weiteres Referat behandelte die Unfallverhütungsvorschriften. Es wurde eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. vorgenommen und drei Entschließungen angenommen, die sich mit der „Landflucht“, der Arbeitslosenversicherung, dem Wädnerinnen-schutz und der Unfallverhütung befaßten, und die hierzu bekannnten Forderungen der freigewerkschaftlichen Landarbeiter ausstellten.

Der zweite Tag brachte eine Kundgebung zur Frage der Rationalisierung in der Landwirtschaft. Nach zwei Referaten von Prof. Seedorf-Göttingen und Direktor Kühle-Duesbüding und Korreferaten von Georg Schmidt-Berlin und Hille-Halle wurde eine Entschließung angenommen, die die Rationalisierung als notwendig erkennt, die Mitarbeiter der Landarbeiter zusichert, aber fordert, daß die Rationalisierung nicht auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt werden darf, daß vielmehr gleichzeitig die Lage der Arbeiterschaft vom rein menschlichen und sozialen Standpunkt aus verbessert wird.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Wichas Schiff; Wirtschaft: G. Klingelher; Gemeindefortschritt: Fr. Wöhler; Revolution: Dr. John Schilowitsch; Lokales: und Sonstiges: Fritz Karch; Anzeigen: Th. Glöck; Amtlich in Berlin: Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Humboldt-Theater, Badstraße 19  
Ab Dienstag, den 8. März:  
**Hotel Stadt Lemberg**  
Der gr. Film Pola Negri mit Rudolf Dalmay in 8 Akte.  
Das erste klassische Beiprogramm.  
Die große Bühnenschau.

Ballschmieder-Lichtspiele, Badstr. 16  
Ab Dienstag, den 8. März  
**Blutsbrüderschaft**  
12 spannende Akte  
Das große Beiprogramm. — Die erste Bühnenschau.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64  
Vom 8. bis 10. März  
**Das Mädchen aus dem Volke**  
dazu:  
Fred der Gelehrte.

## Möbel billiger!

Große Auswahl, sofort lieferbar bei **kleinsten Anzahlung** und kleinsten Monatsraten

### Prugel & Co.

Wilmsdorfer Str. 37  
Untergrundbahnstr. Bismarckstraße

# Frühjahrs-Neuheiten



- ### Damen-Schneidung
- Mantel aus Shetland, reine Wolle 1275
  - Mantel aus reinwoll. Ripspolier, leichte Faltenform 1750
  - Mantel aus imprägnierten, gemusterten Stoffen 1975
  - Mantel aus reinwollener Herrenware 3950
  - Kleid aus reinwollenen Popeline-stoffen, leichte Russentform 1475
  - Kleid aus Kaschastoffen, mit sparter Gürtelgarntur 2450
  - Kleid aus guter Ripware, leichte elegante Ausführung 2950
  - Kleid aus Velourine — das Kleid für den Abend — 3950

**Trotteur 590**  
Seide mit Stroh

- ### Schneidstoffe
- Crepe royal elegant Gewebe in mod. Farben 450
  - Rips-Popeline ca. 130 cm breit 450
  - Rips-Papill. u. Rips royal 690
  - Kasha-Borduren in eleg. Ausf. ca. 130 cm breit 590
  - Shetland u. Kasha die mod. Gew. 1. Kaschime u. Mant. ca. 130 cm breit, 7.90
  - Burberry impr. 130 cm breit, in dir. Ausf. u. Farb. 9.80
  - Composé „Die große Mode“ in entzück. Farbteig. 480

**Trotteur 590**  
aus Litzengelecht

- ### Taidanstoffe
- Mantelseide l. d. neuem Jacquard-mustern 85 br. 4.90
  - Satin riche für Frühjahrsmodelle ca. 90 cm br., Mtr. 6.75
  - Crépe de Chine bedruckt in den apartest. Must. ca. 100 cm breit, Meter 8.75
  - Crépe de Chine ramagé in mod. Farb., ca. 100 cm breit, Meter 9.75
  - Crépe de Chine l. d. neuem Farb. ca. 100 br., 8.25
  - Taffet, Schotten schwarz/weiß reine Seide, ca. 85 cm breit, Meter 7.50
  - Karakord Waschseide-Neuhheit ca. 70 cm breit, Meter 3.30
  - Crépe marocain faconné Kunstseide in Baumw., ca. 100 br. Mtr. 3.90



**Kasha-Kleid**  
fesche Kasakform  
1975

**1050** Moderner Filzhut mit eingebranntem Muster

Grandios — die neuer Modelle!

Verblüffend klein unsere Preise!

Wie zeigen in unseren Sammlungen die Moden-Neufaiten des Frühjahres 1927.

Eleganter Damenhut **1350**  
Crépe de chine, gesteppt

# J. Joseph & Co. Neußölln

Berliner Str. 51-55